

42. 06-04-1981

Gemeinderat für den Straßenausbau

Zwischen Pommardstraße und Aussiedlerhof in Nackenheim

NACKENHEIM. (m) In jüngster Sitzung stimmten die Ratsmitglieder einmütig dem Ausbau der Rheinstraße zwischen der Pommardstraße und dem Aussiedlerhof zu. Die Straße soll eine Fahrbahnbreite zwischen 4 und 4,50 Meter erhalten. Die Verbandsgemeindeverwaltung wurde beauftragt, eine Ausschreibung vorzunehmen. Auch soll geprüft werden, ob die Straßenverwaltung sowie das Wasserwirtschaftsamt zu den Ausbaukosten herangezogen werden können.

Ortsbürgermeister Ollig erklärte hierzu, für den bisherigen Ausbau seien rund 30 000 Mark ausgegeben worden. Die Anlieger hätten 1976 Vorausleistungen in Höhe von 19 884 Mark bezahlt. Für den endgültigen Abschluß der Baumaßnahme stehen aus dem Jahr 1979 noch Mittel von 65 000 Mark zur Verfügung. Für die Beendigung dieses Projektes hat Nackenheim aus dem Investitionsstock eine Zuweisung von 600 Mark erhalten, die am 31. 12. 1981 verfällt, wenn die Straße nicht fertiggestellt werde, sagte Ollig. Bei einer Gesamtausbaubreite von 4,50 Meter würden sich die Kosten auf rund 53 000 Mark belaufen. Eine Ausbaubreite von nur 3 Metern könne nicht in Frage kommen,

weil dadurch auf dem gesamten Teilstück kein Gegenverkehr möglich sei.

Ingenieur Weiland als Planer meinte, wegen den dortigen Grundstücksverhältnissen zum Rhein hin könne er noch keine Aussagen machen, ob man auf fünf Meter verbreitern könne. Aber auch diese Straßenbreite nütze wenig ohne geordnetes Parken. Die Rheinstraße in ihrem derzeitigen Ausbau habe eine Tragfähigkeit von 12 Tonnen.

Ratsmitglied Armin von Thurow (CDU) gab zu bedenken, das am Rhein geplante Freizeitgelände in Richtung Bodenheim solle mit einkalkuliert werden, weil zwangsläufig dann mehr Fahrzeugverkehr aufkomme. Für die SPD bezeichnete Ratsmitglied Kurt Rempe die derzeitige Lage als unerträglich. Es müsse geprüft werden, ob nicht eine Standspur gebaut werden könne. Weiter machte er darauf aufmerksam, daß der jetzige Ausbau nur eine Belastung von sechs Tonnen zulasse.

Ratsmitglied Richard Speckenheuer (SPD) plädierte für eine nochmalige Beratung im Rat, weil auf die Anlieger erhebliche Kosten zukommen würden. Ratsmitglied Heinz Hassemmer (CDU) schlug vor, die Anlieger an einem Gespräch zu beteiligen.